

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 9 / Bauverwaltung
Bearbeitet von: Herrn Sondermann

Datum
28.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Verkehrsausschuss

13.06.2002

Betreff:

**Arbeitskommission des Verkehrsausschusses
- Abgrenzung von Zuständigkeiten und Festlegung von Beratungspunkten -**

Beschlussvorschlag:

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt die Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde zur Kenntnis und stimmt der dargestellten Abgrenzung von Zuständigkeiten und Verfahrensweise zur Festlegung von Beratungspunkten zu .

Sachverhalt / Begründung:

Von Mitgliedern der Arbeitskommission war in der letzten Sitzung Kritik hinsichtlich der zur Beratung anstehenden Punkte und deren Aufnahme in die Tagesordnung geäußert worden.

Nach der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Siegen vom 14.12.1994 hat der Rat sein Entscheidungsrecht in bestimmten Angelegenheiten auch auf den Verkehrsausschuss übertragen.

Der Verkehrsausschuss entscheidet hiernach über:

- Stellungnahmen und Empfehlungen zu Grundsatzfragen der allgemeinen Verkehrsplanung
- Stellungnahmen und Empfehlungen der Arbeitskommission des Verkehrsausschusses

Was die Funktion und Aufgaben der Arbeitskommission angeht, so sagt die Zuständigkeitsordnung hier erläuternd:

„Zur Entlastung des Verkehrsausschusses bildet dieser einer Arbeitskommission, der 6 Mitglieder des Verkehrsausschusses angehören und die zusammen mit den Vertretern von Polizei, Verkehrswacht, Verkehrsgemeinschaft Westfalen-Süd, Straßenbaubehörden und Straßenverkehrsbehörde die gesetzlichen Aufgaben der Verkehrsschau gem. VwV zu § 45 StVO wahrnimmt. Die Arbeitskommission legt die Ergebnisse ihrer Überprüfungen in Verkehrsfragen von grundsätzlicher Bedeutung und in Verkehrsangelegenheiten, die ihr vom Verkehrsausschuss zur Vorbereitung und Untersuchung überwiesen wurden, dem Verkehrsausschuss zur abschließenden Beratung und Entscheidung vor“.

Was die Tätigkeit der Arbeitskommission angeht, so sind somit 2 Aufgabenbereiche zu unterscheiden:

1. Übernahme der gesetzlichen Aufgaben der Verkehrsschau gem. VwV zu § 45 StVO sind ein für die Verkehrsbehörden unentbehrliches und in den allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur StVO zwingend vorgeschriebenes Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben. Im Rahmen der Verkehrsschau soll umfassend geprüft werden, ob an den öffentlichen Straßen – insbesondere den Bundes-, Landes- und Kreisstraßen – die Voraussetzungen für die Abwicklung eines reibungslosen Verkehrs noch vorhanden sind und welche Verbesserungen ggf. notwendig sind. Insbesondere ist darauf zu achten, dass die Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen, auch bei Dunkelheit gut sichtbar sind und sich in gutem Zustand befinden, dass die Sicht an Kreuzungen, Bahnübergängen und Kurven ausreicht und ob sie sich noch verbessern lässt. Gefährliche Stellen sind darauf zu überprüfen, ob sie sich ergänzend zu den Verkehrszeichen oder an deren Stelle durch Verkehrseinrichtungen wie Leitpfosten, Leittafeln, durch Schutzplanken oder durch bauliche Maßnahmen ausreichend sichern lassen.
Die Verkehrsschau ist somit ein wichtiges Instrument für die Verkehrsbehörden, neue Erkenntnisse über den Verkehrsablauf und den Sicherheitszustand auf den Straßen, soweit er durch verkehrsbehördliche Maßnahmen zu beeinflussen ist, zu gewinnen.
Die Arbeitskommission legt ihre entsprechenden Empfehlungen in Form einer Niederschrift dem Verkehrsausschuss zur abschließenden Beschlussfassung vor.
2. Überprüfung von Verkehrsfragen grundsätzlicher Bedeutung;
Vorbereitung und Untersuchung vom Verkehrsausschuss überwiesener Verkehrsangelegenheiten

Bei der Wahrnehmung von straßenverkehrsbehördlichen Angelegenheiten übernimmt die Stadt Siegen als große kreisangehörige Gemeinde Aufgaben, die bundes einheitlich aufgrund ihres überörtlichen Charakters notwendigerweise gleichmäßig zu handhaben sind. Die Aufgaben und Befugnisse der örtlichen Straßenverkehrsbehörde gehören seit jeher zu den staatlichen Aufgaben und nicht zu den – freiwilligen – Angelegenheiten des gemeindeeigenen Wirkungskreises.

Den Straßenverkehrsbehörden hat der Bundesgesetzgeber die gem. §§ 44 und 45 StVO dort genannten Aufgabenbereiche und Befugnisse übertragen. Ganz überwiegend handelt es sich um Aufgaben verkehrlicher Art, die aus Gründen der Sicherheit oder Ordnung des Verkehrs erforderlich sind. In der Regel muss hierbei eine konkrete Gefahrenlage bestehen, der durch das Anbringen von Verkehrszeichen und / oder Verkehrseinrichtungen zu begegnen ist. Diese Aufgaben werden täglich seitens der Straßenverkehrsbehörde eigenverantwortlich nach pflichtgemäßem Ermessen unter Mitwirkung des Straßenbaulastträgers und der Polizei wahrgenommen.

Um diese Art der Aufgabenerledigung geht es nicht, wenn die Arbeitskommission sich mit Verkehrsfragen / Verkehrsangelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung beschäftigt. Vielmehr sind hier Angelegenheiten angesprochen, wo ein Entscheidungsspielraum der Stadt besteht, in Verkehrsangelegenheiten planerisch und gestalterisch im Sinne einer städtebaulichen Entwicklung tätig zu werden.

Diesen Bereich spricht § 45 Abs. 1 b Satz 2 der StVO an:

„Die Straßenverkehrsbehörden ordnen die Parkmöglichkeiten für Anwohner, die Kennzeichnung von Fußgängerbereichen, verkehrsberuhigten Bereichen, geschwindigkeitsbeschränkten Zonen und Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung vor Lärm und Abgasen oder zur Unterstützung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung im Einvernehmen mit der Gemeinde an“.

Verkehrsfragen bzw. –angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung sind weiter etwa die Anlegung von Busspuren, Ausgestaltung / Erweiterung des Radwegenetzes, Verkehrsführung in besonderen Fällen, wegweisende Beschilderungen u. ä.

Der Verkehrsausschuss kann im Rahmen seiner Zuständigkeit Verkehrsangelegenheiten zur Vorbereitung und Untersuchung vorab der Arbeitskommission überweisen. Die abschließende Beratung und Entscheidung erfolgt anschließend im Verkehrsausschuss.

Auch hier ist im Grundsatz auf das vorher Gesagte zu verweisen. Da die Straßenverkehrsbehörde im Regelfall anordnet, wo und welche Verkehrszeichen an Verkehrseinrichtungen anzubringen sind, werden entsprechende Hinweise, Empfehlungen und Feststellungen aus der Mitte des Verkehrsausschusses direkt von der Straßenverkehrsbehörde aufgenommen und von dieser im vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren abgearbeitet.

Auch bei den vom Ausschuss an die Arbeitskommission verwiesenen Angelegenheiten sollte es sich um solche von grundsätzlicher Bedeutung handeln. Die Arbeitskommission sollte nicht betrachtet werden mit Angelegenheiten, die das „Tagesgeschäft“ der Straßenverkehrsbehörde ausmachen. Hierunter fallen auch meist die seitens der Bezirksausschüsse gegebenen Hinweise und Empfehlungen verkehrlicher Art an den Verkehrsausschuss bzw. direkt an die Arbeitskommission. Im Rahmen ihrer Zuständigkeit nimmt die Straßenverkehrsbehörde diese auf und entscheidet nach vorgenommener Prüfung und Aktenlage. Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, die Bezirksausschüsse betreffen, werden in Abstimmung mit dem Vorsitzenden der Arbeitskommission in dieser behandelt.

Im Auftrag

Schul

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen: